AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 15.12.2025 | Helmut W. Ganser

Europa, bleib nüchtern!

Wie die Europäer auf Trumps neue Sicherheitsstrategie reagieren sollten.

In der deutschen Debatte über die Konsequenzen der Nationalen Sicherheitsstrategie Trumps ist viel Panik verbreitet worden. Auch weil die Relevanz solcher Grundlagendokumente überschätzt wird. Nationale wie multilaterale sicherheitspolitische Konzeptionen haben eine Doppelfunktion. Sie sind Mittel der Selbstvergewisserung über den bereits eingeschlagenen Weg und senden zugleich außenpolitische Botschaften. Meist zeichnen sie jedoch lediglich das nach, was seit einiger Zeit bereits gedacht und getan wird. Die Praxis geht dabei oft der Theorie und Konzeptualisierung voraus.

Solche Dokumente werden häufig in ihrer Bedeutung für das konkrete Regierungshandeln überschätzt. Sie sind in bestimmten Lagen nicht unmittelbar handlungsleitend. In klarem Gegensatz zum Grundton der Sicherheitsstrategie hat Trump noch im Juni 2025 beim NATO-Treffen in Den Haag eine Gipfelerklärung mitverabschiedet, in der das eiserne, unerschütterliche Engagement und die Bündnisverpflichtung zur kollektiven Verteidigung bekräftigt werden. Immerhin ist jetzt endgültig klar, dass Trump keine isolationistische Politik verfolgt, wie das noch vor Monaten in Europa fälschlich befürchtet wurde. Er strebt offenbar ganz im Gegenteil eine Vasallisierung der Europäer im transatlantischen Verbund an, die bis zum Versuch der Einflussnahme auf die Innenpolitik der Bündnispartner reicht. Trumps Sicherheitsstrategie erreicht inhaltlich und handwerklich nicht die Qualität der Strategiedokumente früherer Präsidenten. Wesentliche Herausforderungen für die USA werden ausgeklammert. Der Umgang mit den Alliierten in Europa und Asien ist nicht mit den längerfristigen strategischen Interessen Washingtons vereinbar.

Die allgemeine Unruhe über die US-Strategie sollte jedoch einer aktiven Gelassenheit und strategischen Nüchternheit gegenüber Trumps Volten weichen. Kassandrarufe sind verfrüht. Trump selbst räumt in der Sicherheitsstrategie ein, dass Europa für die Vereinigten Staaten strategisch und kulturell von entscheidender Bedeutung bleibt. Der transatlantische Handel sei nach wie vor eine der Säulen des

amerikanischen Wohlstands. Die Europäer können durchaus ökonomische Substanz in die künftige Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses einbringen, wenn sie selbstbewusst und geschlossen auftreten. Vor wenigen Tagen erschien in *Foreign Affairs* ein Artikel unter dem Titel: „How Much Abuse Can America's Allies Take? Longtime Partners Will Soon Start to Drift Away". Der Beitrag enthält zu Recht die Warnung, Trump dürfe nicht überziehen, weil sich die Europäer von den USA abwenden könnten.

Es wird in den kommenden Monaten darauf ankommen, dass die europäischen Führungsmächte, allen voran die E3 mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien, geschlossen auftretend mit der Trump-Administration auf Augenhöhe einen konstruktiven, wenn nötig harten Dialog über das künftige transatlantische Verhältnis führen. Nicht in der von Trump bevorzugten öffentlichen Arena und schon gar nicht im Halbkreis der Regierungschefs vor dessen Schreibtisch im Oval Office, sondern im diplomatischen Ringen um politische Wege in fensterlosen Konferenzräumen ohne die Medien. Dabei ist das persönliche Eingreifen der Staats- und Regierungschefs nur notwendig, wenn die Beratungen auf hoher Beamtenebene an Knackpunkten ins Stocken geraten.

Die Europäer können durchaus ökonomische Substanz in die künftige Gestaltung des transatlantischen Verhältnisses einbringen, wenn sie selbstbewusst und geschlossen auftreten.

Im Prinzip hat Europa zwei grundlegende Handlungsmöglichkeiten. Der optimistische, anzustrebende Weg besteht sicherheitspolitisch im Aushandeln einer relativen Gewichtsverlagerung in der NATO von den USA auf die Europäer. Im Ergebnis würde dies auf einen geregelten Europäisierungsprozess der NATO über einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren hinauslaufen, analog zur in der NATO vereinbarten neuen Zielmarke für die Verteidigungsausgaben von 3,5 beziehungsweise 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2035. Die militärische Abhängigkeit von den USA kann signifikant verringert werden, auch in der Rüstungspolitik. Eine konventionelle amerikanische Truppenpräsenz muss jedoch, wenngleich in reduziertem Umfang, erhalten bleiben, damit die Abschreckung der NATO glaubwürdig bleibt.

Die erweiterte nukleare Abschreckung der USA im Rahmen der NATO muss in diesem Prozess bekräftigt werden. Mit Blick auf die nuklearstrategische Stabilität zwischen den USA und Russland muss eingeräumt werden, dass Trumps kooperativer Verhandlungsansatz an

dieser Stelle unterstützenswert ist. Denn auch die europäische Sicherheit und Existenz hängt fundamental davon ab, dass die strategische Balance zwischen beiden atomaren Supermächten erhalten bleibt und China möglichst in Rüstungskontrollgespräche eingebunden wird. Die Verlängerung des am 5. Februar 2026 auslaufenden *New START*-Vertrags, zumindest die wechselseitige Einhaltung der im Vertrag vereinbarten Obergrenzen für die strategischen Atomwaffen, bleibt im europäischen Interesse. Auf der ökonomischen Ebene kann die EU ihre Marktmacht selbstbewusster ins Spiel bringen, als dies bisher durch die EU-Kommission geschehen ist.

Sollte sich dieser kooperative Weg für die Gestaltung der transatlantischen Beziehungen als nicht gangbar erweisen, also sollte Trump die Entfremdung weiter vorantreiben, wäre eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unvermeidlich, wenngleich dabei neue, steinige und riskantere Wege gefunden und beschritten werden müssten. Die Europäer kämen, wenn sie sich nicht den MAGA-Forderungen unterwerfen wollten, nicht umhin, einen eigenen Interessenausgleich mit Moskau zu verhandeln, in dem das Ziel eurostrategischer Stabilität in den Mittelpunkt rückt. In diesem Kontext müssten mit Priorität neue Wege einer von Washington unabhängigen nuklearen europäischen Abschreckung und einer stabilisierenden Rüstungskontrolle beschritten werden.

Die Nationale Sicherheitsstrategie Trumps unterstreicht, dass der russische Krieg in der Ukraine nicht nur Kiew fokussiert, sondern im Kontext der gesamteuropäischen Sicherheit analysiert und behandelt werden muss. Jede Verhandlungslösung muss die europäische Sicherheit stabilisieren und darf sie nicht schwächen. Die Eskalationsrisiken eines noch längeren Krieges für Kiew und für Europa sind größer als die Risiken, die mit einer baldigen, für die Ukraine schmerzhaften, aber letztendlich annehmbaren Verhandlungslösung verbunden sind.



Helmut W. Ganser
Hamburg
Helmut W. Ganser, Brigadegeneral a.D., war Stellvertretender Leiter der

Stabsabteilung Militärpolitik im Verteidigungsministerium, Strategie-Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr und militärpolitischer Berater der deutschen Ständigen Vertreter im NATO-Rat und bei den VN.